

**Justiz- und Sicherheitsdepartement**

Bahnhofstrasse 15  
Postfach 3768  
6002 Luzern  
Telefon 041 228 59 17  
Telefax 041 228 67 27  
justiz@lu.ch  
www.lu.ch

Sekretariat der Staatspolitischen  
Kommissionen  
Parlamentsdienste  
3003 Bern

Luzern, 16. Juni 2015

Protokoll-Nr.: 753

**13.443 Parlamentarische Initiative.  
Angemessene Vertretung der Sprachgemeinschaften in einem Bundesrat mit neun Mitgliedern**

Sehr geehrte Frau Kommissionspräsidentin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Staatspolitische Kommission des Nationalrates (SPK) hat zur Umsetzung der oben genannten parlamentarischen Initiative einen Vorentwurf ausgearbeitet und dazu die Kantonsregierungen zur Stellungnahme eingeladen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und äussern uns im Namen und Auftrag des Regierungsrats wie folgt:

In den letzten Jahrzehnten wurde die Anzahl der Mitglieder des Bundesrates im Rahmen verschiedener Vorlagen für eine Regierungsform immer wieder diskutiert. Eine mehrheitsfähige Lösung konnte nie erzielt werden. Wir sind der Ansicht, dass eine Erhöhung der Anzahl der Mitglieder des Bundesrates im Interesse einer bestmöglichen Ausübung der Regierungstätigkeit heute unumgänglich ist. Seit 1848 haben sich die Bundesaufgaben vervielfacht. Die Departemente sind dadurch stark gewachsen und mit ihnen auch die Aufgaben der einzelnen Mitglieder des Bundesrates. Angesichts der gestiegenen Ansprüche an die Zusammensetzung des Bundesrates ist es sehr schwierig, eine optimale Berücksichtigung der unterschiedlichen Sprachregionen und Landesgegenden zu gewährleisten. Zudem sind die Mitglieder des Bundesrates heute gezwungen, wichtige Kompetenzen durch Staatssekretäre und Amtsdirektoren wahrnehmen zu lassen. Eine Erweiterung des Bundesrates auf neun Mitglieder würde eine bessere Vertretung der verschiedenen Bevölkerungsgruppen ermöglichen. Gleichzeitig würde es dem einzelnen Mitglied des Bundesrates erlauben, sich vermehrt den wichtigen Fragen in seinem Departement selber zu widmen. Dadurch könnten wichtige Aufgaben wieder eher von der Verwaltungsebene auf die politische und demokratisch höher legitimierte Ebene gehoben werden.

Aus all diesen Gründen begrüßen wir eine Erhöhung der Anzahl der Mitglieder des Bundesrates und teilen damit die Ansicht der Kommissionsmehrheit.

Wir bitten Sie um Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse



Yvonne Schärli-Gerig  
Regierungsrätin

auch per E-Mail an: [spk.cip@parl.admin.ch](mailto:spk.cip@parl.admin.ch)